

Vertrauen in die Regierung bei jungen Erwachsenen unterschiedlicher Herkunft im Zeitverlauf 2003 bis 2005

Babka von Gostomski, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Babka von Gostomski, C. (2006). Vertrauen in die Regierung bei jungen Erwachsenen unterschiedlicher Herkunft im Zeitverlauf 2003 bis 2005. *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung / Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research*, 1(3), 369-386. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-164068>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Vertrauen in die Regierung bei jungen Erwachsenen unterschiedlicher Herkunft im Zeitverlauf 2003 bis 2005¹

Christian Babka von Gostomski



Dr. Christian Babka von Gostomski,
Universität Bielefeld

Zusammenfassung

Die 2.599 Befragten des IKG-Jugendpanels verringerten ihr Vertrauen in das Handeln der Regierung von 2003 auf 2005 kontinuierlich. Ausgehend von dem Parteipräferenz-Ansatz, der Deprivationstheorie, dem Performanz-Ansatz und dem Konzept des sozialen Kapitals werden Hypothesen zur Erklärung des Vertrauens in die Regierung im Jahre 2005 entwickelt. Zusammen mit Kontrollvariablen werden diese in nach jungen Erwachsenen mit türkischem Herkunftshintergrund, mit Aussiedlungshintergrund aus den GUS-Staaten oder aus Polen sowie mit deutschem Herkunftshintergrund differenzierten, multivariaten Modellen überprüft. Gemäß den Annahmen des Deprivationsansatzes zeigt sich, dass insbesondere eine Wahrnehmung geringer Anerkennung der Eigengruppe in Deutschland mit Misstrauen gegenüber der Regierung einhergeht. Bei Aussiedlern und Deutschen hat zudem die Parteipräferenz für die an der Regierung beteiligten Parteien einen positiven Einfluss auf das Vertrauen. Zudem zeigen sich Ausstrahlungseffekte zwischen dem Regierungsvertrauen, dem Vertrauen auf eine rechtsstaatliche Behandlung, auf Absicherung und auf die wirtschaftliche Stabilität in Deutschland.

Schlagwörter: Regierungsvertrauen, Erklärungsmodell, junge Erwachsene, IKG-Jugendpanel, Personen mit Migrationshintergrund

Summary

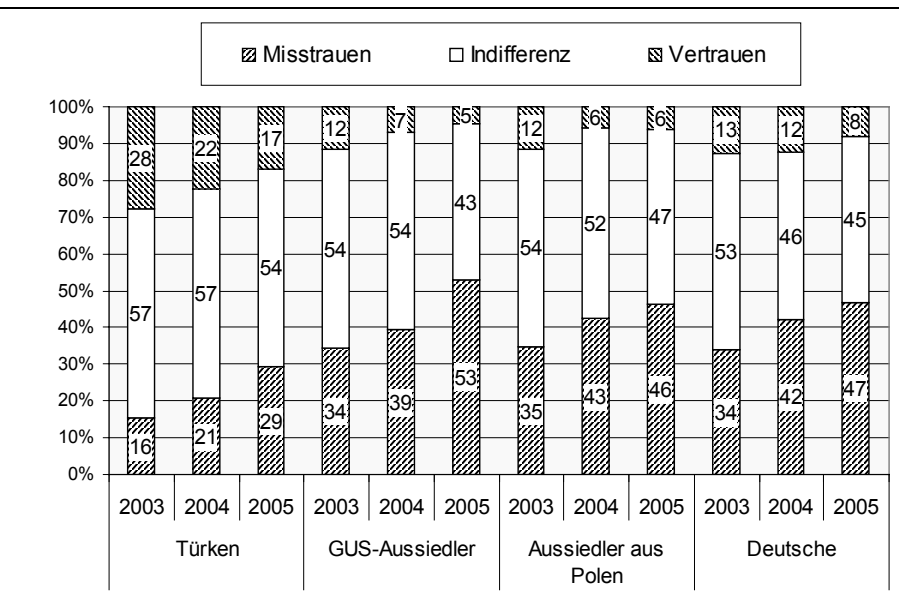
Trust in the government from 2003 to 2005 among young adults with different ethnic origin
The 2.599 young adults interviewed in the IKG Youth Panel show continuously decreasing trust in the government from 2003 to 2005. The theoretical frameworks to explain the trust in the government in 2005 are the approach of party preference, the theory of deprivation, the approach of governance performance and the concept of social capital. Hypotheses for the explanation of trust in the government in 2005 are developed. The hypotheses are tested in multivariate models using data from young adults with Turkish origin, from late migrants from the former Soviet Union and Poland (Aussiedler) as well as with German origin. The results show that in particular perceptions of low reputation of the in-group in Germany are associated with distrust in the government. If the late migrants from the former Soviet Union and Poland or the young Germans prefer the governing parties, then there is a positive influence on trust in the government. Furthermore there are spill-over effects between trust in government, institutional trust, trust in security by means of the welfare state and trust in economic stability in Germany.

Keywords: Trust in Government, explanation model, young adults, IKG Youth Panel, persons with migration background

1. Einleitung

Am 1. Juli 2005 stellte der damalige Bundeskanzler *Gerhard Schröder* (SPD) die Vertrauensfrage, erreichte die notwendige Kanzlermehrheit nicht und beantragte daraufhin bei Bundespräsident *Horst Köhler* die Auflösung des 15. Deutschen Bundestages. Bei einer Reihe von Landtagswahlen in den Jahren zuvor verlor die SPD zunehmend Wähleranteile. Es lässt sich zeigen, dass im Zeitraum von 2003 bis 2005 nicht nur Wähler dem rot-grünen Projekt immer weniger ihre Stimme geben wollten, sondern dass auch bei jungen Erwachsenen das generelle Vertrauen in die Regierung der Bundesrepublik zunehmend zurückging.

Abbildung 1: Regierungsvertrauen (Angaben in %) differenziert nach Herkunftshintergrund



Quelle: IKG-Jugendpanel (gewichtet)

Abbildung 1 macht deutlich, dass bei in Deutschland lebenden jungen Erwachsenen unterschiedlicher Herkunft, die im Jahre 2003 um die 19 Jahre alt waren, sich im Zeitverlauf zunehmend mehr Misstrauen bezüglich des Regierungshandelns einstellte. Waren es im Jahr 2003 immerhin schon 34% der jungen Erwachsenen mit deutschem Herkunftshintergrund (in Abbildung 1 kurz als „Deutsche“ bezeichnet), die Misstrauen bezüglich des Regierungshandelns äußerten, so steigerte sich der entsprechende Anteil auf fast die Hälfte der Deutschen im Jahre 2005. Auch wenn man die in Deutschland lebenden jungen Erwachsenen mit einem anderen als einem deutschen Herkunftshintergrund betrachtet, dann zeigt sich deutlich ein zunehmender Schwund des Vertrauens in das Regierungshandeln.

Der folgende Beitrag widmet sich der Frage, wie die Variation in das Regierungsvertrauen im Jahre 2005 bei etwa 21 Jahre alten Personen unterschiedlicher Herkunft zu erklären ist.

2. Theoretische Überlegungen zur Erklärung von Regierungsvertrauen

Regierungsvertrauen kann man als einen Teilbereich dessen betrachten, was allgemeiner unter dem Begriff *politisches Vertrauen* behandelt wird.² Folgt man *Walter-Rogg* (2005, S. 131), dann kann das politische Vertrauen wiederum unterschieden werden in das Vertrauen a) zu den Politikern, b) zu den politischen Parteien, c) zu den Entscheidungsinstitutionen (Bundestag, Bundesregierung) und d) zu den Implementationsinstitutionen (Gerichte, Polizei, Verwaltung) (zu empirisch generierten Strukturen des politischen Vertrauens etwa: *Fischer* 2000, S. 271; *Gabriel* 1999, S. 209; *Gabriel/Kunz* 2002, S. 266; *Schmitt-Beck/Rohrschneider* 2004, S. 242). In der Regel stellen sich zwischen den verschiedenen Vertrauensebenen substantielle Korrelationen ein. Theoretisch werden diese als „Spillover“-Effekte (*Walter-Rogg* 2005, S. 130) reformuliert, das heißt, dass das Vertrauen in einem Bereich auch auf das Vertrauen in anderen Bereichen ausstrahlt. Für die USA etwa zeigte sich, dass die Bewertung des Präsidenten langfristig auch Auswirkungen auf das Vertrauen in andere politische Institutionen hat (zu Ausstrahlungseffekten etwa: *Bierhoff* 2002, S. 250; *Walter-Rogg* 2005, S. 135ff.).

Zwar wurden in der letzten Zeit einige empirische Arbeiten zur Erklärung von verschiedenen Aspekten des politischen Vertrauens vorgelegt, aber *Gabriel/Kunz* (2002, S. 255) stellen mit Blick auf die Forschung fest, dass es zwar einzelne Sichtweisen, Ansätze oder isolierte Hypothesen, jedoch keine explizit ausformulierte und empirisch bewährte Theorie zur Erklärung des politischen Vertrauens gäbe (ähnlich *Walter-Rogg* 2005, S. 155). Einige dieser Ansätze, die zur Erklärung von Regierungsvertrauen beitragen könnten, werden im Folgenden angesprochen.³

Abgeleitet aus der „*Home Team-Hypothese*“ von *Holmberg* (1999, S. 117ff.) wird angenommen, dass Personen mit einer *Parteipräferenz* für die regierende Partei oder für eine an der Regierung beteiligten Partei auch den Institutionen, die von ihrem parteipolitischen Block mitgeprägt werden, mehr Vertrauen entgegenbringen als es Personen tun, die Oppositionsparteien oder nicht im Parlament vertretenen Parteien nahe stehen. Für die Zuneigung zu bestimmten Parteien kann die Annahme der Übereinstimmung in *grundlegenden politischen Positionen* eine Rolle spielen. Beispielsweise war für die Gründung der Grünen und ihre Etablierung in Deutschland entscheidend, dass sie sich zunächst sehr stark als Umweltpartei darstellten, die als einzige konsequent die Bekämpfung der Umweltzerstörung vertrat. Eine Übereinstimmung mit der Programmatik einer der Regierungsparteien sollte also das Vertrauen in die Regierung positiv beeinflussen. Home Team-Hypothese

Verfechter der *Deprivationstheorie* bringen mangelndes politisches Vertrauen mit dem Gefühl der Benachteiligung der Bürger für sich selbst oder aber auch bezüglich der Gruppe, zu der sie sich zugehörig fühlen, in Verbindung. *Walz* (1997, S. 158) etwa zeigt, dass mit der Wahrnehmung, nicht den gerechten Anteil in einer Gesellschaft zu erhalten, sich das Vertrauen in politiknahe Institutionen verringert.

Die „*Performanz*“ des politischen Systems wird als ein weiterer Aspekt gesehen, der das politische Vertrauen beeinflusst (*Gabriel* 1999, S. 217; *Schmitt-Beck/Rohrschneider* 2004, S. 242; *Walter-Rogg* 2005, S. 158). Als Indikatoren werden dabei insbesondere solche Größen herangezogen, die Hinweise darauf geben, ob die Politik dauerhaft zur *Lösung wirtschaftlicher Probleme* beitragen kann. Da andere Messungen oft nicht zur Verfügung stehen, werden dafür etwa die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation (etwa *Fischer* 2000, S. 272) oder die Wahrnehmung der generellen wirtschaftlichen Entwicklung (etwa *Walter-Rogg* 2005, S. 160) berücksichtigt.

Das *Konzept des sozialen Kapitals* schließlich, das vor allen durch die Arbeiten von *Coleman* (1991), *Putnam/Leonardi/Nanetti* (1994) und *Putnam* (2000) geprägt wurde, lenkt den Blick auf positive Erfahrungen, die das Individuum in seinem sozialen Umfeld gemacht hat. Dieses soziale Vertrauen könnte, so die Annahme, dazu beitragen, dass auch politischen Institutionen ein Vertrauensvorschuss gewährt werde (*Newton* 1999, S. 179f.). Hervorgehoben für den Erwerb sozialen Vertrauens wird dabei insbesondere die Eingebundenheit in freiwillige Organisationen.

3. Hypothesen

Die Überprüfung der oben angeführten Annahmen erfolgte bisher in Deutschland, wenn überhaupt, dann mit Datenmaterial aus Befragungen der volljährigen Bevölkerung. Eine Ausnahme stellt die Analyse von *Fischer* (2000, S. 270ff.) dar, die auf der Befragung 15 bis 24 Jähriger basiert. Für junge Erwachsene können einige Hypothesen recht problemlos übernommen werden, bei anderen sind jedoch Erläuterungen nötig, die die spezifische Phase des Lebenslaufs, in der sich Jugendliche und junge Erwachsene befinden, in den Blick nehmen. Relativ unproblematisch sind die Hypothesen, die sich auf die Parteipräferenz (H1a) und die Übereinstimmung mit bestimmten Grundrichtungen einer Partei (H1b) beziehen:

H1a: Mit einer Parteipräferenz für die SPD oder die Grünen nimmt das Regierungsvertrauen zu.

H1b: Mit Ansichten, die sich stark mit der generellen Programmatik einer an der Regierung beteiligten Partei überschneiden, steigt auch das Regierungsvertrauen.

Bezüglich der Deprivationshypothese (H2) wird im Folgenden angenommen, dass bei Personen um die 21 Jahre der Vergleich mit Gleichaltrigen der gleichen

Herkunftsgruppe und das Gefühl, ob diese in Deutschland fair und gerecht behandelt werden, relevanter ist als ein generelles Empfinden, wie Menschen allgemein in Deutschland behandelt werden.

H2: Je stärker wahrgenommen wird, dass die gleichaltrigen Personen aus der eigenethnischen Gruppe in Deutschland nicht anerkannt werden, desto geringer fällt das Regierungsvertrauen aus.

In Zeiten des nicht einfachen Übergangs von der Schule oder aus einer beruflichen Ausbildung in die Arbeitswelt kann ein Indikator für die Lösung wirtschaftlicher Problematiken durch die Politik darin gesehen werden, ob es jungen Menschen objektiv nach der Schul- und/oder Berufsausbildung gelingt, in ein Vollzeitarbeitsverhältnis zu gelangen (H3a). Die subjektive Bewertung der eigenen finanziellen Situation wird als ein weiterer Proxy-Indikator für die wirtschaftliche Situation der Befragten herangezogen, der mit dem politischen Vertrauen in einem Zusammenhang stehen sollte (H3b).

H3a: Mit dem Fußfassen im Arbeitsmarkt in Deutschland steigt das Regierungsvertrauen.

H3b: Je schlechter die persönliche finanzielle Situation eingeschätzt wird, desto geringer fällt das Regierungsvertrauen aus.

Aspekte der Idee der positiven Wirkung sozialen Kapitals werden erstens über den Grad der Eingebundenheit in freiwillige Vereine und Organisationen abzubilden versucht (H4a). Zweitens wird angenommen, dass mit dem Grad der Wichtigkeit der Religion auch die Eingebundenheit in eine religiöse Gemeinschaft zunimmt. Und mit einer starken Beteiligung am Leben der religiösen Gemeinde kann sich ein Zuwachs an sozialem Vertrauen bilden, was auch auf das Regierungsvertrauen ausstrahlen könnte. Über diesen Weg wird ein Effekt der Wichtigkeit der Religion auf das Regierungsvertrauen vermutet (H4b). Zum Dritten wird angenommen, dass mit der Präferenz, sich an Regeln zu halten, auch die Prinzipien politischen Handelns eher akzeptiert werden, was sich im politischen Vertrauen niederschlagen könnte (H4c).

H4a: Mit der Eingebundenheit in formelle Strukturen nimmt das Regierungsvertrauen zu.

H4b: Je wichtiger die Religion für die jungen Erwachsenen ist, desto mehr wird der Regierung vertraut.

H4c: Mit der Präferenz, sich an Regeln zu halten, steigt das Regierungsvertrauen.

Es ist nicht auszuschließen, dass auch Persönlichkeitseigenschaften und die Geschlechtszugehörigkeit das politische Vertrauen beeinflussen. In Bezug auf die Geschlechtszugehörigkeit fand allerdings Norris (1999, S. 232) einen nur sehr gering ausgeprägten Einfluss. Bei Fischer (2000, S. 272) sind es eher männliche Befragte, die ein hohes Vertrauen in staatliche Organisationen haben. Hinsichtlich der Persönlichkeitseigenschaften wird eine Variable kontrolliert, die sich im

Bereich des Konstrukts „Gewissenhaftigkeit“ (Schumann 2001, S. 260) ein-gruppieren lässt.

4. Empirische Analyse

Das nun herangezogene IKG-Jugendpanel wurde im Rahmen eines Projekts erhoben, dessen Ziel es war, die wechselseitigen Wahrnehmungen und das Gewaltverhalten von türkischen, deutschen und Aussiedler-Jugendlichen im Zeitverlauf ab etwa dem 16. Lebensjahr zu untersuchen (Heitmeyer/Möller 1998). Zu diesem Zweck fanden jährliche Befragungen vom Jahre 2001 bis zum Jahre 2005 statt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) förderte das Projekt von 1999 bis 2005. Die angestrebte Grundgesamtheit der Ausgangserhebung umfasste alle Jugendlichen mit deutscher Staatsbürgerschaft, alle Jugendlichen mit Aussiedler-Status und alle Jugendlichen mit türkischer Staatsbürgerschaft, die im Schuljahr 2000/2001 die zehnte Klasse in Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien in Nordrhein-Westfalen besuchten. Die Auswahlgesamtheit beschränkte sich auf Schüler und Schülerinnen in 24 der 54 kreisfreien Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen (Heitmeyer u.a. 2005, S. 198). Der Ausgangserhebung im Jahre 2001 war ein umfangreiches Adressenscreeningverfahren über Schulen vorgeschaltet (Babka von Gostomski 2001).

a) Datenbasis

Im Folgenden werden primär Ergebnisse der postalischen Befragungen aus den Jahren 2003 bis 2005 präsentiert, wobei nur Personen berücksichtigt werden, die in allen drei Jahren den Fragebogen beantworteten. Die Fallzahlen belaufen sich damit auf 406 Personen mit türkischem Herkunftshintergrund (im Folgenden vereinfacht abgekürzt als *Türken*), 585 Personen mit einem Aussiedlungshintergrund aus den GUS-Staaten (*GUS-Aussiedler*), 364 Personen mit einem Aussiedlungshintergrund aus Polen (*Aussiedler aus Polen*) und 1.244 Personen mit einem deutschen Herkunftshintergrund (*Deutsche*) (detailliert zum Herkunftshintergrund: Heitmeyer u.a. 2002, S. 221). Aufgrund der disproportionalen Studienanlage im Jahre 2001 anhand von Herkunftshintergrund, besuchtem Schultyp und Geschlecht werden die Analysen gewichtet berechnet. Das Alter der Befragten betrug im Jahre 2005 im Mittelwert 20,9 Jahre, wobei die Standardabweichung von 0,74 auf die relative Altershomogenität der Befragten hinweist. Das Gros der Fragebögen zur Befragung 2005, nämlich 84%, traf vor dem 22. Mai 2005 bei der Projektgruppe ein, also vor dem Tag, an dem Gerhard Schröder nach der Niederlage der SPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen erklärte, er wolle so bald als möglich Neuwahlen auf Bundesebene erreichen, die dann letztlich am 18. September 2005 stattfanden.

b) Operationalisierungen und deskriptive Resultate

Das *Regierungsvertrauen* (zur Operationalisierung siehe Übersicht 1) nimmt bei allen vier Gruppen junger Erwachsener mit unterschiedlichen Herkunftshintergrund von 2003 auf 2005 ab (siehe Mittelwerte in Tabelle 1 sowie die einführende Abbildung 1).⁴

Übersicht 1: Variablenübersicht

Skala/Variable	Items	Erhebungsjahr
<i>Regierungsvertrauen</i>	„Die Bundesrepublik Deutschland wird zum Wohle aller regiert“, „Ich vertraue darauf, dass die Regierung so handelt, wie sie es eigentlich sollte“	2003, 2004, 2005
<i>Vertrauen in eine rechtsstaatliche Behandlung</i>	„In Deutschland kann ich mich auf die Gleichbehandlung vor dem Gericht verlassen“, „In Deutschland kann ich mich auf Recht und Gesetz verlassen“, „Im Umgang mit der deutschen Polizei kann ich mich darauf verlassen, dass meine Rechte gewahrt werden“, „Bei Behörden kann ich mich darauf verlassen, dass ich gerecht behandelt werde“	2001, 2002, 2003, 2004, 2005
<i>Vertrauen in Absicherung bei Not und Arbeitslosigkeit</i>	„Ich kann mich darauf verlassen, in der Bundesrepublik nicht in finanzielle Not zu geraten“, „Für den Fall, dass ich arbeitslos werde, kann ich auf die Unterstützung durch die Arbeitslosenhilfe vertrauen“	2001, 2002, 2003, 2004, 2005
<i>Vertrauen in wirtschaftliche Stabilität und Arbeitsplatzsicherheit</i>	„Im allgemeinen halte ich die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik für ziemlich stabil“, „Ich bin mir sicher, in Deutschland einen Arbeitsplatz zu bekommen“	2001, 2002, 2003, 2004, 2005

Anmerkungen: Jeweils fünfstufige Antwortskala von 1 „stimme gar nicht zu“ bis 5 „stimme völlig zu“, Antwortwerte wurden jeweils addiert und durch die Anzahl der Items dividiert

Im Vergleich der Gruppen sind es die Türken, die in allen drei Jahren weniger skeptisch gegenüber der Regierung sind, während sich die Aussiedler und die Deutschen in der Regel im Mittelwert nicht unterscheiden (siehe Tabelle 1) (für ein tendenziell ähnliches Ergebnis bei Betrachtung von Türken und Deutschen: Gille/Krüger 2000, S. 413; Weidacher 2000, S. 144).

Das *Vertrauen in eine rechtsstaatliche Behandlung*, für das ein Vergleich der Bewertungen von 2001 bis 2005 möglich ist, nimmt bei den Befragten von 2001 auf 2005 ebenfalls ab (für frühe Anzeichen dieses Prozesses: Möller/Heitmeyer 2004, S. 506). Allerdings ist der Verlust des Vertrauens in eine rechtsstaatliche Behandlung nicht so stark wie der Verlust des *Vertrauens in eine Absicherung bei Not und bei Arbeitslosigkeit* sowie in *wirtschaftliche Stabilität und Arbeitsplatzsicherheit*. Auch hier fällt auf, dass die Türken nicht ganz so misstrauisch wie die Aussiedler aus Polen und die Deutschen im Verlauf der Jahre wurden. Zudem ist die Sonderentwicklung bei den GUS-Aussiedlern zu beachten: Bei ihnen findet sich bei allen drei letztgenannten Vertrauensarten der jeweils stärkste Rückgang des Vertrauens von 2001 auf 2005.

Tabelle 1: Mittelwerte (*kursiv*) der Variablen differenziert nach Herkunftshintergrund

	Türken	GUS- Aussiedler	Aussiedler aus Polen	Deutsche
Regierungsvertrauen				
2003	<i>3,23 ***</i>	<i>2,61</i>	<i>2,63</i>	<i>2,65</i>
2004	<i>3,02 ***</i>	<i>2,49</i>	<i>2,42</i>	<i>2,51</i>
2005	<i>2,79 ***</i>	<i>2,23 #</i>	<i>2,34</i>	<i>2,37</i>
Vertrauen in rechtsstaatliche Behandlung				
2001	<i>3,75 **</i>	<i>3,65</i>	<i>3,65</i>	<i>3,57</i>
2002	<i>3,60 **</i>	<i>3,30</i>	<i>3,24</i>	<i>3,36</i>
2003	<i>3,52 *</i>	<i>3,22 *</i>	<i>3,26</i>	<i>3,37</i>
2004	<i>3,48 *</i>	<i>3,17 *</i>	<i>3,25</i>	<i>3,33</i>
2005	<i>3,40 *</i>	<i>3,04 *</i>	<i>3,15</i>	<i>3,23</i>
Vertrauen in Absicherung bei Not und Arbeitslosigkeit				
2001	<i>3,84 ***</i>	<i>3,77 **</i>	<i>3,59 #</i>	<i>3,40</i>
2002	<i>3,65 ***</i>	<i>3,40</i>	<i>3,30</i>	<i>3,18</i>
2003	<i>3,42 ***</i>	<i>3,14</i>	<i>3,00</i>	<i>3,03</i>
2004	<i>3,08</i>	<i>2,95</i>	<i>2,89</i>	<i>2,97</i>
2005	<i>2,78</i>	<i>2,60</i>	<i>2,66</i>	<i>2,65</i>
Vertrauen in wirtschaftliche Stabilität und Arbeitsplatzsicherheit				
2001	<i>3,89 ***</i>	<i>3,74 ***</i>	<i>3,62 *</i>	<i>3,41</i>
2002	<i>3,62 ***</i>	<i>3,33 **</i>	<i>3,13</i>	<i>3,08</i>
2003	<i>3,14 ***</i>	<i>2,67</i>	<i>2,69</i>	<i>2,63</i>
2004	<i>2,88 ***</i>	<i>2,56</i>	<i>2,49</i>	<i>2,61</i>
2005	<i>2,63 **</i>	<i>2,18 **</i>	<i>2,34</i>	<i>2,40</i>

Signifikanzniveau bei Vergleich mit Deutschen: # = $p \leq .10$, * = $p \leq .05$, ** = $p \leq .01$, *** = $p \leq .001$

Quelle: IKG-Jugendpanel (gewichtet)

Tabelle 2 präsentiert weitere Unterschiede zwischen den Gruppen (zu Operationalisierung der dargestellten Variablen siehe Übersicht 2).

Tabelle 2: Mittelwerte (*kursiv*) beziehungsweise Verteilungen (%) der Variablen differenziert nach Herkunftshintergrund

	Türken	GUS-Aussiedler	Aussiedler aus Polen	Deutsche
Männlich	49,0%	49,1%	52,4%	49,7%
CDU/CSU/FDP	11,2% ***	65,8% ***	44,3% #	35,0%
SPD/Grüne	51,3% *	17,1% ***	32,5% *	43,7%
PDS	1,8%	0,4%	1,0%	2,0%
DVU/Republikaner/NPD	0,0% ***	0,5% *	2,3%	4,4%
Andere Parteien	0,7%	1,0%	0,3% #	1,5%
Würde keine Partei wählen	31,8% ***	13,7%	19,1% *	11,8%
Fehlende Werte	3,2% #	1,5%	0,6% *	1,6%
Technik und Chemie zerstört	3,30	3,49 **	3,46 *	3,16
Anerkennung der Eigengruppe	2,59 ***	2,93 ***	3,04 *	3,25
Anerkennung der Deutschen	4,12 ***	3,88 ***	3,67 ***	3,25
Ganztagserberbstätigkeit	12,0%	23,9% ***	11,9%	14,2%
Schlechte finanzielle Situation	2,48 **	2,58 ***	2,32	2,24
Keine Vereinsaktivität	57,5% **	61,1% ***	56,0% #	46,7%
In einem Verein	33,3%	31,1% #	36,3%	38,4%
In zwei Vereinen	8,0% #	7,2% *	6,9%	12,9%
In mehr als zwei Vereinen	1,2%	0,6%	0,9%	2,0%
Wichtigkeit der Religion	4,15 ***	3,08 **	3,02 ***	2,46
An Regeln halten	3,36 **	3,03	3,02	3,09
Strenge mich unermüdlich an	3,67 ***	3,39	3,38	3,30
Deutsche Staatsbürgerschaft	48,5% ***	97,2% ***	98,3% ***	100,0%
Wichtigkeit, Türke zu sein	3,42			
Wichtigkeit, Aussiedler zu sein		2,42	1,73	
Wichtigkeit, Deutscher zu sein		1,89 ***	2,40 ***	3,03

Signifikanzniveau bei Vergleich mit Deutschen: # = $p \leq .10$, * = $p \leq .05$, ** = $p \leq .01$, *** = $p \leq .001$

Quelle: IKG-Jugendpanel (gewichtet)

Bei der *Wahlabsicht* wurden, um die Kategorienanzahl für die empirischen Analysen zu reduzieren, die Antwortvorgaben auf die Wahlabsichtsfrage im Jahre 2005 zum Teil zusammengefasst (CDU/CSU und FDP; SPD und Bündnis90/Die Grünen; DVU/Republikaner und NPD). Dann erkennt man, dass die GUS-Aussiedler überproportional häufig CDU/CSU/FDP wählen würden. Die Türken ziehen mehrheitlich SPD und Grüne vor. Bei den Deutschen findet diese Kombination eine relative Mehrheit. Personen, die explizit meinten, sie würden keiner Partei ihre Stimme geben, waren im Jahre 2005 überproportional bei den Türken zu finden. Dies mag damit zusammenhängen, dass nur knapp die Hälfte der Türken die deutsche Staatsangehörigkeit haben und sie daher eine Frage nach der Wahlabsicht in Anbetracht ihrer diesbezüglichen Rechtlosigkeit als irrelevant ansehen. Wie dem auch sei, zu guter Letzt erkennt man bei der Wahlabsicht, dass rechte Parteien sich kaum auf Stimmen von Personen mit Migrationshintergrund stützen können, sondern eher von 4,4% der Deutschen präferiert werden. Der Aussage, dass *Technik und Chemie* zur *Zerstörung* beiträgt, die gemäß Hypothese H1b bei Zustimmung durch die Befragten auf eine Übereinstimmung der Parteiprogrammatik der Grünen hindeuten sollte, stimmten die Aussiedler etwas stärker zu als die Deutschen.

Übersicht 2: Variablenübersicht

Skala/Variable	Item(s), Frage, Antwortskala, Skalenbildung	Erhebungsjahr
<i>Technik und Chemie zerstört</i>	„Mit all der Technik und Chemie werden wir uns noch selbst zerstören“	2004
<i>Anerkennung der Eigengruppe</i> sowie <i>Anerkennung der Deutschen</i>	Vier Items, die sowohl im Hinblick auf türkische Jugendliche, Aussiedler-Jugendliche als auch im Hinblick auf deutsche Jugendliche formuliert wurden: „Türkische Jugendliche...“, „Aussiedler-Jugendliche...“ beziehungsweise „Deutsche Jugendliche...“ „werden fair und gerecht behandelt“, „bekommen insgesamt, was ihnen zusteht“, „bekommen die Unterstützung, die sie brauchen“, „werden insgesamt anerkannt“, die jeweils vier Items wurden für die Summenindexe addiert und durch vier dividiert	2005
<i>Ganztagsserwerbstätigkeit</i>	Wenn angegeben wurde, dass „ca. 40 Stunden (ganztags)“ gearbeitet wird, erhielt die Variable den Wert 1, sonst 0	2005
<i>Schlechte finanzielle Situation</i>	Frage: „Wie würden Sie Ihre finanzielle Situation beschreiben?“, Antwortvorgaben: 1 „Ich komme sehr gut aus und kann mir auch Extrawünsche leisten“, 2 „Ich komme gut aus und muss mich nicht einschränken“, 3 „Ich komme mit meinem Geld aus, wenn ich mich einschränke“, 4 „Eigentlich reicht es vorne und hinten nicht“, 5 „Ohne Schulden ginge es gar nicht“	2005
<i>Anzahl der Vereine</i>	Frage: „Gehören Sie einem Verein oder einer Partei an, wo Sie regelmäßig hingehen und sich an gemeinsamen Aktivitäten beteiligen?“. Antwortmöglichkeiten auf den Satz „Ja, ich gehe regelmäßig...“ „in einen Sportverein“, „in einen Musikverein/zu einer Musikgruppe“, „zu einer kirchlichen oder religiösen Jugendgruppe“, „zur freiwilligen Feuerwehr“, „zu einer politischen Partei oder zu der Jugendorganisation einer politischen Partei“ und „zu einem anderen Verein“, die sechs 0/1-Variablen wurden addiert und entsprechend der Darstellung in Tabelle 2 gruppiert.	2005
<i>Wichtigkeit der Religion</i>	Vervollständigung des Satzes „Für mich ist die Religion...“ mittels einer fünfstufigen Antwortskala von 1 „gar nicht wichtig“ bis 5 „sehr wichtig“	2005
<i>An Regeln halten</i>	„Ich finde, man sollte sich an Regeln halten und tun, was von einem verlangt wird“	2004
<i>Strenge mich unermüdlich an</i>	„Bei allem, was ich tue, strenge ich mich unermüdlich an“	2004
<i>Wichtigkeit, Türke/Aussiedler/Deutscher zu sein</i>	Ermittlung der entsprechenden Gruppenzugehörigkeiten mittels einer fünfstufigen Antwortskala von 1 „gar nicht wichtig“ bis 5 „sehr wichtig“	2005

Anmerkung: Wenn nicht anders angegeben, wurde eine fünfstufige Antwortskala von 1 „stimme gar nicht zu“ bis 5 „stimme völlig zu“ verwendet

Türken sehen türkische Jugendliche und GUS-Aussiedler finden Aussiedler-Jugendliche nicht so stark in Deutschland anerkannt, wie es Deutsche entsprechend für die deutschen Jugendlichen empfinden (siehe *Anerkennung der Eigengruppe* in Tabelle 2). Da fast alle Aussiedler die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ist es bei dieser Frage nicht einfach, zu bestimmen, ob die Aussiedler als

ihre Eigengruppe die Aussiedler oder die Deutschen sehen. Um sich dieser Frage empirisch zu nähern, ist unten in Tabelle 2 auch die *Wichtigkeit*, ein *Aussiedler* oder ein *Deutscher zu sein*, aufgeführt. Man erkennt, dass die Aussiedler aus Polen das Aussiedlersein weniger wichtig finden als die GUS-Aussiedler. Gleichzeitig finden es die Aussiedler aus Polen etwas wichtiger als die GUS-Aussiedler, Deutsche zu sein. Auch wenn man sich den Befund einer größeren Annäherung jugendlicher Aussiedler aus Polen an die Lebensverhältnisse jugendlicher Deutscher im Vergleich mit GUS-Aussiedler-Jugendlichen vor Augen hält (*Babka von Gostomski* 2006), dann ist für die Aussiedler aus Polen eher als für die GUS-Aussiedler anzunehmen, dass sie ihre Eigengruppe in den deutschen Jugendlichen sehen. Der Mittelwert der Bewertung, dass *deutsche Jugendliche* in Deutschland *anerkannt* werden, ist dann auch bei den Aussiedlern aus Polen dem Mittelwert der Deutschen ähnlicher als derjenige der GUS-Aussiedler.

Aufgrund der starken Orientierung auf eine berufliche Ausbildung der GUS-Aussiedler-Jugendlichen – deutsche und Aussiedler-Jugendliche aus Polen streben nach der zehnten Klasse eher eine weiterführende Schulkarriere an (*Babka von Gostomski* 2006, S. 340) – gingen im Jahre 2005 eher die GUS-Aussiedler einer *Ganztagsberufstätigkeit* nach als es bei den jungen Erwachsenen aus den anderen drei Gruppen der Fall war. Gleichzeitig berichteten sie, aber auch die Türken, über eine tendenziell *schlechtere finanzielle Situation* als die Deutschen.

Deutsche waren eher als Personen der anderen drei Gruppen in *Vereinen* aktiv. Die *Religion* spielt besonderes bei den Türken, aber auch bei den Aussiedlern, eine *wichtigere* Rolle als bei den Deutschen. Die Aussage, dass man sich *an Regeln halten* sollte, findet bei den Türken mehr Unterstützung.

Auch dem Item, dass man sich *unermüdlich anstrengt*, das als Kontrollvariable für Aspekte einer Persönlichkeitseigenschaft „Gewissenhaftigkeit“ berücksichtigt wurde, wird stärker von den Türken zugestimmt als von den anderen drei Gruppen.

Es sind insgesamt mehr Unterschiede zwischen Türken und GUS-Aussiedlern im Vergleich mit Deutschen als von Aussiedlern aus Polen im Vergleich mit Deutschen festzustellen. Die Aussiedler aus Polen sind damit den Deutschen, wenn man alle drei Gruppen mit Migrationshintergrund vergleichend betrachtet, am ähnlichsten.

c) Multivariate Ergebnisse

Wie nach den in Abschnitt 2 erwähnten „*Spillover*“-*Effekten* nicht anderes zu erwarten, sind auch mit den Daten des IKG-Jugendpanels aus dem Jahre 2005 substantielle Korrelation zwischen unterschiedlichen Arten des Vertrauens zu erkennen (siehe Tabelle 3): Von der Höhe der Korrelationen ergeben sich dabei kaum Unterschiede nach den vier Gruppen, das heißt, unabhängig vom Herkunftshintergrund stellt sich mit einer Art des Vertrauens auch Vertrauen in anderen Bereichen ein.

Tabelle 3: Pearsonsche Produkt-Moment-Korrelationskoeffizienten zwischen Regierungsvertrauen und weiteren zusammengefassten Variablen zum Systemvertrauen im Jahre 2005

	Vertrauen in		
	rechtsstaatliche Behandlung	Absicherung bei Not und Arbeitslosigkeit	wirtschaftliche Stabilität und Arbeits- platzsicherheit
Türken	0,62	0,51	0,57
GUS-Aussiedler	0,46	0,45	0,54
Aussiedler aus Polen	0,54	0,50	0,59
Deutsche	0,54	0,51	0,56

Alle Koeffizienten signifikant bei $p \leq .001$

Quelle: IKG-Jugendpanel (gewichtet)

Für multivariate Modelle würde es nun keinen Sinn machen, zur Erklärung des Regierungsvertrauens, die in den Tabellen 1 und 3 dargestellten anderen Vertrauensarten als erklärende Variable einzuführen, da sich technisch-statistische Probleme der Multikollinearität ergeben könnten. Bei den multiplen Regressionsanalysen (zu dieser Methode einfürend etwa: *Brosius* 2004, S. 545ff.) zur Erklärung des Regierungsvertrauens im Jahre 2005 werden daher nur die in Tabelle 4 aufgeführten Variablen eingeführt.

Tabelle 4: Beta-Koeffizienten bei multiplen Regressionsanalysen zur Erklärung von Regierungsvertrauen im Jahre 2005

	Türken	GUS- Aussiedler	Aussiedler aus Polen	Deutsche
Männlich	-0,18 ***	0,02	0,10 #	0,04
SPD/Grüne	-0,09	0,18 ***	0,18 **	0,19 ***
PDS	-0,05	-0,07 #	-0,04	-0,05 #
DVU/Republikaner/NPD		-0,02	-0,18 **	-0,04
Andere Parteien	-0,07	-0,09 *	0,01	-0,04
Würde keine Partei wählen	-0,10	-0,08 *	-0,04	-0,07 **
Fehlende Werte	-0,01	0,10 **	0,01	0,05 #
Technik und Chemie zerstört	-0,01	-0,09 *	-0,07	-0,10 ***
Anerkennung der Eigengruppe	0,39 ***	0,25 ***		
Anerkennung der Deutschen			0,10 #	0,16 ***
Ganztagsarbeitsstätigkeit	-0,10 *	-0,10 *	-0,03	-0,01
Schlechte finanzielle Situation	-0,06	-0,07 #	-0,03	-0,10 ***
Anzahl der Vereine	0,10 *	0,06	0,08	0,02
Wichtigkeit der Religion	0,10 *	0,03	0,03	0,09 **
An Regeln halten	0,12 *	0,08 *	0,01	0,02
Strenge mich unermüdlich an	0,12 **	0,01	0,10 #	0,07 **
Anteil erklärter Varianz: R ² in %	29,9	16,6	13,9	16,0

Signifikanzniveau: # = $p \leq .10$, * = $p \leq .05$, ** = $p \leq .01$, *** = $p \leq .001$

Referenzkategorien: Weiblich, CDU/CSU/FDP und Keine Vollzeitberufstätigkeit

Quelle: IKG-Jugendpanel (gewichtet)

Die *Geschlechtszugehörigkeit*, die zur Kontrolle mit in die Analysen aufgenommen wurde, hat keinen eindeutigen Effekt bei den vier Rechnungen: Bei Türken sind es unter Kontrolle einer Reihe weiterer Variablen eher die jungen

Männer, die vergleichsweise misstrauisch bezüglich der Regierung sind, als die jungen Frauen. Bei den Aussiedlern aus Polen ist der Effekt gegenläufig und bei GUS-Aussiedlern sowie Deutschen bleibt die Variable ohne Einfluss auf die Erklärung des Regierungsvertrauens.

Die Hypothese H1a, die besagt, dass mit einer *Parteipräferenz* für die SPD oder die Grünen das Regierungsvertrauen zunimmt, kann für die Aussiedler und die Deutschen, nicht jedoch für die Türken, recht gut bestätigt werden. Die Vorzeichen der Variable, die das Item beinhaltet, dass Technik und Chemie zerstört, sind entgegen der Vermutung (Hypothese H1b). Dabei sind die Effekte allerdings nur für die GUS-Aussiedler und die Deutschen signifikant.

Hingegen zeigt sich bei allen vier Gruppen übereinstimmend, dass mit dem Gefühl der *Anerkennung der Eigengruppe* das Regierungsvertrauen zunimmt.⁵ Besonders ausgeprägt ist der Zusammenhang bei den Türken. Aber auch bei den GUS-Aussiedler-Jugendlichen ist der Effekt mit einem Beta-Koeffizienten von 0,25 als bedeutend zu kennzeichnen. Weniger ausgeprägt ist der Einfluss auf das Regierungsvertrauen, wenn die Aussiedler aus Polen und die Deutschen meinen, dass deutsche Jugendliche in Deutschland nicht anerkannt werden.

Entgegen der Hypothese H3a geht mit einer Ganztageserwerbstätigkeit nicht ein verstärktes Maß an Regierungsvertrauen einher, sondern bei Türken und GUS-Aussiedlern ist mit einer solchen Tätigkeit ein gesteigertes Misstrauen verbunden. Die Vorzeichen der Koeffizienten der Variablen, die die schlechte *finanzielle Situation* thematisiert, bestätigten die Hypothese H3b: Allerdings ist die Effektgröße nur bei den Deutschen von Bedeutung, sodass sich nur für sie sagen lässt, dass mit einer schlechteren finanziellen Situation auch das Vertrauen in die Regierung abnimmt.

Die drei Variablen, die *Aspekte des sozialen Kapitals* abdecken, haben bei Betrachtung der Vorzeichen der Beta-Koeffizienten Einflüsse, wie in den Hypothesen H4a bis H4c angesprochen. Allerdings sind die Zusammenhänge nur bei den Türken nennenswert: Mit der Eingebundenheit in Vereine, mit der Wichtigkeit der Religion und mit der Zustimmung zur Aussage, dass man sich an Regeln halten sollte und man tun sollte, was von einem verlangt wird, steigt das Regierungsvertrauen.⁶

Auch die Zustimmung zur Eigenbewertung, dass man sich bei allem, was man tut, *unermüdlich anstrengt*, die als Hinweis auf das Vorhandensein des Persönlichkeitskonstrukts „Gewissenhaftigkeit“ interpretiert wird, hat bei Türken und Aussiedlern aus Polen einen das Regierungsvertrauen verstärkenden Effekt.

5. Diskussion

Die über drei beziehungsweise fünf Jahre gewonnenen Ergebnisse aus dem IKG-Jugendpanel zum Vertrauen in verschiedene Bereiche der bundesrepublikanischen Gesellschaft deuten in eine Richtung der *Abnahme von Vertrauen*. In Anlehnung an Korte/Fröhlich (2004, S. 113) lässt sich für die hier spezifisch betrachtete Kohorte der heute etwa 22 Jährigen sagen, dass sie eine Sozialisation in eine „Misstrauensgesell-

Sozialisation in eine Misstrauensgesellschaft

schaft“ (Korte/Weidenfeld 2001, S. 11) erlebten: Während beim Vertrauen in eine rechtsstaatliche Behandlung bei Institutionen wie der Polizei, Gerichten oder Behörden noch bei allen vier Gruppen junger Erwachsener im Jahre 2005 das Vertrauen überwog, hat sich das Vertrauen in die sozialstaatliche Absicherung bei Notfällen, in die wirtschaftliche Stabilität und in die Sicherheit, einen Arbeitsplatz zu bekommen, das im Jahre 2001 bei den damals etwa 17 Jahre alten Jugendlichen noch bestand, im Laufe von fünf Jahren in Misstrauen gewandelt. Interessanterweise sind es junge Erwachsene mit türkischem Herkunftshintergrund, die im Jahre 2005 vergleichsweise weniger Misstrauen als die anderen drei in diesem Beitrag betrachteten Gruppen äußerten. Dies mag mit den Erfahrungen zusammenhängen, die ihre türkischen Eltern sowohl in ihren Heimatland machten – sie verließen als „Gastarbeiter“ ihr Land, um an der damals prosperierenden Wirtschaft in Deutschland teilzuhaben – als auch an den Erfahrungen der jungen Erwachsenen mit türkischem Herkunftshintergrund in Deutschland. Denn sie könnten im Abgleich der Erzählungen der Eltern über die vergleichsweise schlechteren Bedingungen in der Türkei ein geringeres Anspruchsniveau entwickelt haben als etwa junge Deutsche, die selber, aber auch deren Eltern, nur Entwicklungen in Deutschland erlebten. Die GUS-Aussiedler haben einen Teil ihres Lebens in einem anderen Staatensystem verbracht. Bei ihnen ist nun die vergleichsweise größte Desillusionierung bezüglich des Vertrauens zu erkennen. Dies mag damit zusammenhängen, dass insbesondere diejenigen, die ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, im Jahre 2005 mit allen Härten des heutigen Arbeitsmarktes direkt konfrontiert wurden.

Eine in etwa ähnliche Entwicklung wie der Niedergang des Verlasses auf Wirtschaft und Arbeitsplatzsicherheit nahm in den Jahren 2003 bis 2005 das *Vertrauen in das Handeln der Regierung*. Sowohl bei jungen Erwachsenen mit einem türkischen Herkunftshintergrund, bei solchen mit einem Aussiedlungshintergrund aus den GUS-Staaten, bei jenen mit einem Aussiedlungshintergrund aus Polen, als auch bei jungen Personen mit deutschem Herkunftshintergrund überwog im Jahre 2005 der Anteil derjenigen, die das Regierungshandeln misstrauisch bewerteten gegenüber denjenigen, die der Regierung (noch) vertrauten.

Ausgehend von dieser Beobachtung zeigt sich bei multivariaten Modellen, dass im Jahre 2005 insbesondere *ein Aspekt relativer Deprivation* bei der Erklärung der Unterschiede in den Vertrauensbekundungen gegenüber der Regierung eine vergleichsweise starke Rolle spielt: die *Wahrnehmung der Anerkennung der Eigengruppe in Deutschland*. Wenn junge Erwachsene mit türkischem Herkunftshintergrund und solche mit einem Aussiedlungshintergrund aus den GUS-Staaten meinten, dass Jugendliche aus ihrer jeweiligen Eigengruppe nicht fair und gerecht behandelt werden, nicht das bekommen, was ihnen zusteht, nicht die Unterstützung bekommen, die sie brauchen und sich insgesamt wenig anerkannt fühlen, dann ist es wahrscheinlicher, dass diese Jugendlichen auch ein Misstrauen bezüglich des Handelns der Regierung äußerten, als bei jenen jungen Menschen mit türkischem Herkunftshintergrund oder mit Aussiedlungshintergrund aus den GUS-Staaten, die ihre jeweilige Eigengruppe insgesamt als anerkannt wahrnahmen. Ebenfalls vorhanden, aber nicht so ausgeprägt wie bei jungen Türken und GUS-Aussiedler-Jugendlichen, ist der Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Anerkennung deutscher Jugendlicher in unserer

Gesellschaft und dem Regierungsvertrauen bei jungen Erwachsenen mit einem Aussiedlungshintergrund aus Polen und bei jungen Menschen mit einem deutschen Herkunftshintergrund. Insgesamt ist festzustellen, dass das *Gefühl der Benachteiligung* der Gruppe, der man sich zugehörig fühlt, mit dem Nachlassen des Vertrauens in das Regierungshandeln einhergeht.

Ein *zweiter relevanter Erklärungsfaktor* stellt die *Affinität zur im Jahre 2005 (noch) regierenden Parteienkoalition* dar: Jene jungen Erwachsenen mit Aussiedlungshintergrund oder mit deutschen Herkunftshintergrund, die im Jahre 2005 eine Wahlabsicht für die SPD oder die Grünen bekundeten, bringen in der Regel der – zum Zeitpunkt der Befragung rot-grün geführten – Regierung etwas mehr Vertrauen entgegen als junge Personen, die anderen Parteien ihre Stimme geben würden oder explizit angaben, keiner Partei ihre Stimme zu schenken. Diese *Bestätigung der „Heimspiel-Hypothese“* zeigt sich jedoch nicht bei den jungen Erwachsenen mit türkischem Herkunftshintergrund. Eine Plausibilitätserklärung könnte in der Tatsache gesehen werden, dass die meisten der jungen Erwachsenen mit türkischem Herkunftshintergrund nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben und eine Frage nach der Wahlabsicht für sie schlicht ohne Relevanz ist.

Bei Kontrolle der Anerkennung der Eigengruppe und der Wahlabsicht haben andere vermutete Einflussfaktoren in der Regel eine nur geringe Kraft für die Erklärung des Regierungsvertrauens im Jahre 2005. Die Vorzeichen der Beta-Koeffizienten deuten in der Regel aber in die Richtung der Einflüsse wie bei den theoriegeleiteten Hypothesen angenommen. Allerdings gibt es zwei Ausnahmen. Bei einer Vollzeitberufstätigkeit ergab sich bei jungen Erwachsenen mit türkischem Herkunftshintergrund und bei solchen mit einem GUS-Aussiedlungshintergrund ein so nicht vermuteter Effekt: Mit einer Ganztagsbeschäftigung erhöhte sich das Misstrauen gegenüber der Regierung. Um dieses Ergebnis zu interpretieren, muss man die Jugendlichen etwas genauer betrachten, die beim IKG-Jugendpanel im Jahre 2005 eine Ganztagsberufstätigkeit hatten. Der Großteil dieser jungen Erwachsenen hat eine Berufsausbildung hinter sich. Wenn man von einer etwa dreijährigen Ausbildung ausgeht, dann war diese Ganztagsberufstätigkeit für die meisten ihre erste „richtige“ Beschäftigung. Es kann nun sein, dass Begleiterscheinungen wie das erstmalige Spüren der steuerlichen und sozialversicherungstechnischen Abgabenlast, bei gleichzeitiger stetiger Rücknahme von Leistungen des Staates und der Sozialversicherungssysteme, sich auch in Misstrauen gegenüber der Regierung äußert. Mit der Zustimmung zur Meinung, dass Technik und Chemie zur Selbstzerstörung der Menschheit führe, nahm zudem insbesondere bei jungen Deutschen das Regierungsvertrauen ab. Dies nährt den Zweifel daran, dass diese Aussage, wie vermutet, als Nähe zur Programmatik der 2005 mitregierenden Grünen interpretiert werden kann.

Sicherlich wäre es von wissenschaftlicher Relevanz solchen noch offenen Fragen mit weiteren Befragungen nachzugehen. Besonders interessant wäre dann die Beobachtung, wie sich das Regierungsvertrauen im Jahre 2006 in der Zeit der Großen Koalition fortentwickelt und ob sich dann auch wieder die Heimspiel-Hypothese und die Deprivationsannahme als entscheidende Erklärungsfaktoren herauskristallisieren. Leider ist es aber nicht möglich, die Ent-

wicklung des Regierungsvertrauens mit Daten des hier vorgestellten Personenkreises kontinuierlich fortzuschreiben.⁷ Wie dem auch sei, die Varianzaufklärungen der Modelle für das Jahr 2005 lassen Raum für theoretische Erweiterungen, die bei zukünftigen Befragungen von Jugendlichen im Zuge des Erwachsenwerdens der empirischen Überprüfung harren. Festzustellen bleibt aber, – im Einklang mit Ergebnissen zum „*Spillover*“-Effekt bei der volljährigen wahlberechtigten Bevölkerung – dass mangelndes Regierungsvertrauen nicht folgenlos für das Vertrauen auch in andere Bereiche des „Systems“ der Bundesrepublik Deutschland zu sein scheint: Ausstrahlungseffekte können zur allmählichen Aushöhlung des Vertrauens auch in anderen Institutionen als der Regierung beitragen.

Anmerkungen

- 1 Für wertvolle Anmerkungen zu früheren Versionen dieses Textes danke ich herzlich Maik Begemann, Wilhelm Heitmeyer, Renate Möller, Katrin Starcke (alle Universität Bielefeld) und Henrik Netzow.
- 2 Hier kann keine ausreichende Würdigung der grundlegenden Arbeiten wie etwa von Almond/Verba (1963), Axelrod (1987), Easton (1965), Erikson (1961), Giddens (1992, 1995) oder Luhmann (1968) erfolgen, die maßgeblich zur Entwicklung und Etablierung des Begriffs des politischen Vertrauens beigetragen haben. Dazu sei auf die zusammenfassenden Arbeiten etwa von Eidmann (1999), Gabriel (1999), Schmitt-Beck/Rohrschneider (2004) oder die Beiträge im Sammelband von Schmalz-Bruns/Zintl (2002) hingewiesen, die knappe Einführungen diesbezüglich liefern.
- 3 Es erfolgt hier nur eine sehr kurze Darstellung. Ausführlichere Erörterungen, vertiefende Literaturhinweise und bisherige empirische Ergebnisse finden sich zum Beispiel bei Gabriel (1999), Gabriel/Kunz (2002), Schmitt-Beck/Rohrschneider (2004) oder Walter-Rogg (2005).
- 4 Für die Darstellung in Abbildung 1 werden beim Regierungsvertrauen die Werte von 1 bis 2 als „Misstrauen“, 2,5 bis 3,5 als „Indifferenz“ und 4 bis 5 als „Vertrauen“ bezeichnet.
- 5 Den empirischen Betrachtungen im Abschnitt 4b folgend, die zeigen, dass die Aussiedler aus Polen weiter in der Integration fortgeschritten sind als die GUS-Aussiedler, wurden für die multiple Regressionsanalyse mit den Aussiedlern aus Polen die Aussagen, die sich auf die deutschen Jugendlichen beziehen, bei der Eigengruppenzuordnung verwendet.
- 6 Die Variable *Anzahl der Vereine* geht mit Werten von 0 bis 3 in die multiplen Regressionsanalysen ein.
- 7 Im Juni 2005 wurde eine abschließende letzte Befragung für das Jahr 2006 bei der DFG beantragt. Dieser Antrag wurde im April 2006 abgelehnt.

Literatur

- Almond, G. A./Verba, S. (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in 5 Nations.* – Princeton
- Axelrod, R. (1987): *Die Evolution der Kooperation.* – München
- Babka von Gostomski, C. (2001): Adressenscreening über Schulen: Erfahrungen beim IKG-Jugendpanel. *ZA-Information* 49: 29-48
- Babka von Gostomski, C. (2006): In Vorurteilen gegenüber türkischen Jugendlichen vereint? Eine desintegrationstheoretisch geleitete Längsschnittanalyse zur Entwicklung von Einstellungen gegenüber türkischen Jugendlichen bei Jugendlichen deutscher Herkunft und

- Aussiedler-Jugendlichen mit Daten des IKG-Jugendpanels 2001-2003. Dissertation. – Universität Bielefeld = http://bison.ub.uni-bielefeld.de/opus/frontdoor.php?source_opus=870 (9.6.2006)
- Bierhoff, H.-W.* (2002): Politisches Vertrauen: Verschiedene Dimensionen, verschiedene Ebenen der Betrachtung. In: *Schmalz-Bruns, R./Zintl, R.* (Hrsg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. – Baden-Baden, S. 241-253
- Brosius, F.* (2004): SPSS 12. – Bonn
- Coleman, J. S.* (1991): Grundlagen der Sozialtheorie. Band 1: Handlungen und Handlungssysteme. – München
- Easton, D.* (1965): A Systems Analysis of Political Life. – New York
- Eidmann, M.* (1999): Politisches Vertrauen: Kulturelle und rationale Grundlagen eines Elementes der Politischen Kultur. Ein theoretischer Beitrag zu Funktion, Bedeutung und empirischer Operationalisierung politischen Vertrauens. In: *Henning, E./Homburg, H./Lohde-Reiff, R.* (Hrsg.): Politische Kultur in städtischen Räumen. – Opladen, S. 91-120
- Erikson, E. H.* (1961): Kindheit und Gesellschaft. – Stuttgart
- Fischer, A.* (2000): Jugend und Politik. In: *DEUTSCHE SHELL* (Hrsg.): Jugend 2000. Band 1. – Opladen, S. 261-282
- Gabriel, O. W.* (1999): Integration durch Institutionenvertrauen? Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteistaat und zum Rechtsstaat im vereinigten Deutschland. In: *Friedrichs, J./Jagodzinski, W.* (Hrsg.): Soziale Integration. – Opladen, S. 199-235
- Gabriel, O. W./Kunz, V.* (2002): Die Bedeutung des Sozialkapital-Ansatzes für die Erklärung politischen Vertrauens. In: *Schmalz-Bruns, R./Zintl, R.* (Hrsg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. – Baden-Baden, S. 255-274
- Giddens, A.* (1992): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. – Frankfurt/Main
- Giddens, A.* (1995): Konsequenzen der Moderne. – Frankfurt/Main
- Gille, M./Krüger, W.* (2000): Die Bedeutung des Politischen bei jungen Migranten und jungen Deutschen. In: *Gille, M./Krüger, W.* (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Einstellungen der 16 bis 29jährigen im vereinten Deutschland. – Opladen, S. 399-422
- Heitmeyer, W./Möller, R.* (1998): Integration, Interaktion sowie die Entwicklung von Feindbildern und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen türkischer und deutscher Herkunft unter besonderer Berücksichtigung ethnisch-kultureller Konfliktkonstellationen durch fremdenfeindliche und islamisch-fundamentalistische Orientierungen (Längsschnittstudie). Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Neuantrag). Unveröffentlicht. – Universität Bielefeld
- Heitmeyer, W./Möller, R./Babka von Gostomski, C./Brüß, J./Wiebke, G.* (2002): Forschungsprojekt Integration, Interaktion sowie die Entwicklung von Feindbildern und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen deutscher und türkischer Herkunft sowie bei Aussiedler-Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung ethnisch-kultureller Konfliktkonstellationen (Längsschnittstudie). Zwischenbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft. – Universität Bielefeld = http://www.uni-bielefeld.de/ikg/download/Projekt_Feindbilder_Zwischenbericht-1.pdf (9.6.2006)
- Heitmeyer, W./Möller, R./Babka von Gostomski, C./Brüß, J./Wiebke, G.* (2005): Forschungsprojekt Integration, Interaktion sowie die Entwicklung von Feindbildern und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen deutscher und türkischer Herkunft sowie bei Aussiedler-Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung ethnisch-kultureller Konfliktkonstellationen (Längsschnittstudie). Zwischenbericht II (2. Förderphase: 01.11.2002-31.10.2005) an die Deutsche Forschungsgemeinschaft. – Universität Bielefeld = http://www.uni-bielefeld.de/ikg/download/Projekt_Feindbilder_Zwischenbericht-2.pdf (9.6.2006)
- Holmberg, S.* (1999): Down and Down We Go: Political Trust in Sweden. In: *Norris, P.* (Hrsg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. – Oxford, S. 103-122
- Korte, K.-R./Fröhlich, M.* (2004): Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen. – Paderborn

- Korte, K.-R./Weidenfeld, W.* (2001): Die Deutschland-Trends: Einführung. In: *Korte, K.-R./Weidenfeld, W.* (Hrsg.): Deutschland-Trendbuch. Fakten und Orientierungen. – Opladen, S. 7-13
- Luhmann, N.* (1968): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. – Stuttgart
- Möller, R./Heitmeyer, H.* (2004): Anerkennungsdefizite und Vorurteile. Ergebnisse einer Langzeituntersuchung mit Jugendlichen unterschiedlicher ethnischer Herkunft. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 7,4: 497-517
- Newton, K.* (1999): Social and Political Trust in Established Democracies. In: *Norris, P.* (Hrsg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. – Oxford, S. 169-187
- Norris, P.* (1999): Institutional Explanations for Political Support. In: *Norris, P.* (Hrsg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. – Oxford, S. 217-235
- Putnam, R. D.* (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. – New York
- Putnam, R. D./Leonardi, R./Nanetti, R. Y.* (1994): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. – Princeton
- Schmalz-Bruns, R./Zintl, R.* (Hrsg.) (2002): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. – Baden-Baden
- Schmitt-Beck, R./Rohrschneider, R.* (2004): Soziales Kapital und Vertrauen in die Institutionen der Demokratie. In: *Schmitt-Beck, R./Wasmer, M./Koch, A.* (Hrsg.): Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten. – Wiesbaden, S. 235-260
- Schumann, S.* (2001): Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluß von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien. – München
- Walter-Rogg, M.* (2005): Politisches Vertrauen ist gut – Misstrauen ist besser? Ausmaß und Ausstrahlungseffekte des Politiker- und Institutionenvertrauens im vereinigten Deutschland. In: *Gabriel, O. W./Falter, J. W./Rattinger, H.* (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. – Baden-Baden, S. 129-186
- Walz, D.* (1997): Einstellungen zu den politischen Institutionen. In: *Gabriel, O. W.* (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. – Opladen, S. 147-165
- Weidacher, A.* (2000): Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen. In: *Weidacher, A.* (Hrsg.): In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich. – Opladen, S. 139-154